



Bürgerprogramm 2011-2016

des FDP Ortsverbandes Winsen-Luhe

beschlossen am 7. Juni 2001.

Liberaler Kommunalpolitik stärkt den Bürger!

Vor Ort entscheidet sich die soziale und kulturelle Qualität der Gesellschaft, die das gesamte Gemeinwesen prägt. In der Stadt kann der Bürger sich am wirkungsvollsten für die Gemeinschaftsaufgaben engagieren.

Die FDP fordert Eigenverantwortlichkeit und ist darauf ausgerichtet, dass der Regelungsanspruch von Politik und Verwaltung zurückgedrängt wird.

So wird die Freiheit der Bürger respektiert und gesichert.

Die FDP will ein starkes eigenständiges Winsen, in dem die Politik in der individuellen Verantwortung der einzelnen Bürger liegt und von ihnen bestimmt wird.

INHALT

Präambel	2
Bürgerorientierte Verwaltung	2
Rechtsstaatspartei auch im Kleinen	3
Unternehmen der Stadt wirtschaften für Winsen	4
Haushaltsführung ist unsere Stärke!	4
Bildung ist Zukunftsvorsorge!	6
Mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze durch Wirtschaft und Tourismus	7
Soziale Stadtplanung vermeidet Klientelpolitik und berücksichtigt vorhandene Strukturen	8
Verkehr und Sicherheit erhalten Lebensqualität!	9
Verantwortungsvolle Umweltpolitik mit den Menschen vor Ort	11
Integration – Wir wollen Akzeptanz statt Toleranz!	12

Präambel

Seit über 60 Jahren steht die FDP in Winsen für eine Politik, die das Individuum in den Mittelpunkt stellt und jedem einzelnen Bürger die größtmögliche Freiheit bietet. Anders als Andere trauen wir dem Bürger zu, seine Angelegenheiten selbst zu regeln.

Für uns ist es selbstverständlich, dass persönliche Freiheit und Eigenverantwortung mit sozialer Verpflichtung verbunden sind. Die Winsener haben uns dabei nie enttäuscht, wie das ehrenamtliche Engagement in zahlreichen Vereinen, Verbänden und der Freiwilligen Feuerwehr belegt. Dieses Engagement wollen wir weiter unterstützen.

Grundlage der Freiheit des Einzelnen sind die Grundrechte des Grundgesetzes. Sie bestimmen, wo die Grenzen der Freiheit des einen gegenüber der des Anderen liegen. Über allem Handeln steht mit Artikel I unseres Grundgesetzes die unveräußerliche Würde des Menschen. Für uns Liberale bedeutet das, dass kein Mensch je als reines Mittel zum Zweck angesehen werden darf. Jeder Einzelne muss als Selbstzweck angesehen werden. Das sind keine hohlen Phrasen, sondern ist gelebte Verfassungsrealität und die Stadt muss kompromisslos dafür eintreten.

Zur Freiheit gehört die Bereitschaft des Einzelnen, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Wo immer mündige Bürger ihre Angelegenheiten selbst, in der Familie, in Gemeinschaften und Vereinen regeln können, darf die Stadt sich im Gegenzug nicht einmischen.

Das Prinzip der Eigenverantwortung zieht sich dabei durch die FDP Programme aller Ebenen. So setzen wir uns dafür ein, dass die Kommunen mehr eigene Verantwortung übernehmen und dafür entsprechend ausgestattet werden. Die gängige Praxis, dass der Bund den Kommunen Aufgaben zuweist, ohne sich Gedanken über die Praxis vor Ort zu machen, oder sich angemessen an den Kosten zu beteiligen ist skandalös. Wo der Bürger sich nicht alleine helfen kann sind die Kommunen, wo die nicht weiterkommen ist das Land, und erst wenn nur eine bundeseinheitliche Regelung den Problemen begegnen kann, ist Berlin gefragt. Nur so verbleiben die Entscheidungen so dicht am Bürger wie möglich. Nur so kann der Bürger verfolgen, ob und wie seine Steuergelder sinnvoll eingesetzt werden. Wir wünschen mehr Einfluss der Stadt auf die Belange vor Ort.

Bürgerorientierte Verwaltung

Kontakt zum Staat ergibt sich zuerst in der Kommune. Die Haltung zu staatlichen Organen wird dadurch geprägt, wie der Staat als Ordnungskraft vor Ort auftritt. Die Stadt und der Kreis müssen nach Ansicht der FDP dazu beitragen, dass der Staat als hilfreich und nicht als obrigkeitstaatlich empfunden wird.

Die Winsener Stadtverwaltung soll ein Dienstleistungsunternehmen und Repräsentant des Staates vor Ort sein. Wir haben ein modernes Rathaus mit einem Dienstleistungsbereich, der geprägt ist durch Kundenorientierung, verantwortungsbewusste Mitarbeiter, wirtschaftliche Strukturen und transparente Kosten. Bürger sollen im Rathaus wie Kunden behandelt werden. Sie können im Bürgerbüro und vermehrt auch im Internet auf kurzem Wege die kommunalen Leistungen in Anspruch nehmen.

Durch das Internet bieten sich auf kommunaler Ebene neue Chancen zu Bürgerbeteiligung und Bürgernähe. Kommunale Drucksachen sowie Einladungen und Protokolle zu Sitzungen sind in der Regel öffentlich, nachdem die FDP die grundsätzliche Öffentlichkeit der Ausschusssitzung durchgesetzt hat.

Die FDP hat schon in der vorletzten Wahlperiode durchgesetzt, dass diese Dokumente im Internet veröffentlicht werden. Die Vorlagen, die für öffentliche Sitzungen der Ratsgremien bestimmt sind, werden auch allen interessierten Bürgern über das Internet angeboten.

Wir wollen diesen Weg der Information der interessierten Öffentlichkeit weiter gehen, und durchsetzen, dass die Stadtverwaltung die Protokolle der öffentlichen Sitzungen und andere öffentliche Dokumente als online Abonnement (beispielsweise als Newsletter, besser noch als Newsfeed) anbietet.

Für die Zukunft fordern wir zudem, dass der öffentliche Teil der Sitzungen des Rates sowie seiner Ausschüsse per Video-Livestream über das Internet übertragen werden, um so künftig jedem Bürger einen Einblick in die Ratsarbeit zu ermöglichen. Alle Streams sollten zusätzlich zu den schriftlichen Protokollen ausserdem auch als Mitschnitt zum Beispiel über Youtube zur Verfügung gestellt werden.

Rechtsstaatspartei auch im Kleinen

Was bleibt von der Freiheit, wenn man in politischer Verantwortung ist? Das ist eine Frage, die sich nicht nur zu stellen lohnt, wenn es in den Koalitionen auf Landes- oder Bundesebene knirscht. Wir wollen im nächsten Jahr im Winsener Rat wieder Verantwortung übernehmen – ein Blick auf die „Freiheit in kommunalpolitischer Verantwortung“ lohnt sich also!

Mindestens ebenso sehr wie die durch die bekannten Koalitions- und Fraktionszwänge wird die „Freiheit in der Verantwortung“ nämlich eingeschränkt durch ein Phänomen, das in der Kommunalpolitik besonders augenfällig wird: die Bindung an Recht und Gesetz. Die „richtigen“ Parlamente machen normalerweise Gesetze und haben in erster Linie die Verfassung zu beachten. Selbst das geht oft genug schief und wird dann peinlich.

Räte und Kreistage, Kreis- und Verwaltungsausschüsse dagegen können sogar Verwaltungsentscheidungen „an sich ziehen“ und wissen oft gar nicht, was sie damit anrichten. Wenn Kommunalpolitiker entscheiden, sind sie dabei an die ganze Flut von Gesetzen gebunden, die Liberale in Land und Bund unter dem Gesichtspunkt der „Subsidiarität“ vergeblich bekämpft haben.

Dann steht oft jemand der Stadt Winsen als Antragsteller gegenüber, der einen Anspruch auf eine rechtmäßige Entscheidung hat. Oft genug benehmen sich die Volksvertreter dann wie immer und versuchen ihre politischen Vorstellungen, oder die ihrer Wähler, bei Verwaltungsentscheidungen durchzusetzen. Populisten nutzen das gerne aus, um diejenigen, die sich rechtmäßig verhalten, zu diskreditieren. Die Presse versteht das selten, der Bürger noch seltener.

Das muss eine Rechtsstaatspartei dann erstmal aushalten können. Die Rechtsabteilungen der Kommunen haben vor Gericht ihre liebe Not, rein politische Entscheidungen irgendwie zu rechtfertigen, und verlieren meistens. Aber wenn ein Gericht die Entscheidung aufhebt, und wenn durch die Fehlentscheidung ein Schaden entstanden ist, wird es teuer für die Kommune! Das unglückselige Reballverfahren, dass die Stadt in zwei Instanzen verloren hat, mag hier als Beispiel dienen.

Natürlich gibt es auch große Beispiele für zivilen Ungehorsam und Widerstand gegen ungerechte Gesetze – aber wenn kommunalpolitische Mächtigen-Gandhis etwa in Baugenehmigungsverfahren mit der Menschenwürde argumentieren, machen sie sich nicht nur über kurz oder lang lächerlich, sondern beleidigen auch all diejenigen, die wirklich Grund zum Widerstand haben!

Wir Liberale wollen unsere Verantwortung als Rechtsstaatspartei wahrnehmen. Niemand kann von ehrenamtlichen Feierabendpolitikern verlangen, durch alle Feinheiten des Verwaltungsrechts durchzusteiern. Deshalb ist es meistens besser, die Verwaltungsentscheidungen den Experten in der Verwaltung zu überlassen. Wenn wir aber selbst entscheiden müssen, sollten wir auch den Mut haben, unpopuläre Entscheidungen zu treffen, und dürfen Rechtmittel im Sinne der Bürger nur einlegen, wenn sie Erfolg versprechen.

Im Gegensatz zu Populisten, erkennen wir den Unterschied von Freiheit in Verantwortung und Verantwortungslosigkeit! Wenn die Rechtslage wirklich ungerecht ist, können und müssen wir uns politisch an diejenigen wenden, die sie ändern können: unsere Abgeordnete in Landtag und Bundestag!

Unternehmen der Stadt wirtschaften für Winsen

Maßgeblich durch den Einfluss der FDP wurden vor einigen Jahren die der Stadt Winsen/Luhe gehörenden Stadtwerke in eine eigenständige GmbH umgewandelt, wodurch die Eigenständigkeit und die betriebswirtschaftlichen Grundlagen dieses Unternehmens wesentlich auch unter steuerlichen Aspekten wesentlich gestärkt wurden.

Als nicht hinnehmbar sehen wir es, wenn der Rat aus reinem Populismus ins Operative Geschäft seiner Unternehmen eingreift, indem er etwa im Jahr 2011 beschließt, den Stadtwerken zu verbieten, Atomstrom einzukaufen - im vollen Bewusstsein, dass entsprechende Verträge bis 2014 laufen. Hier wäre auf den Sachverstand der Geschäftsführung zu vertrauen gewesen - die unter Beteiligung des Aufsichtsrates viel flexibler auf aktuelle Entwicklungen reagieren kann.

Auch das städtische Bäderunternehmen „Die Insel“ wurde erfolgreich in das betriebswirtschaftliche unabhängige Unternehmen Stadtwerke integriert, was einen erfolgreichen Betrieb bei relativ geringer Subventionierung durch Steuergelder erst ermöglicht hat. Dieser Weg der Teilprivatisierungen muss weiter gegangen werden!

Die FDP hat schon seit langem gefordert, auch die Stadthalle als reine wirtschaftliches Unternehmen aus der Stadt auszugliedern und dem Betrieb der Stadtwerke mit der dort vorhandenen Infrastruktur anzugliedern. Ob die Stadtwerke als Verpächter oder Betreiber auftreten - dem Gastronomiebetrieb wird es gut tun, endlich aus der immer auch parteipolitisch geführten Diskussionen in den Ratsgremien herauszukommen. Dass die Stadtverwaltung zuletzt in ihrer Eigenschaft als Verpächterin aufgrund von politischem Druck durchgesetzt hat, dass junge Leute etwa Abi- und Vorabi Parties nicht mehr in Eigenregie in der Stadthalle veranstalten, bestärkt uns in der Überlegung.

Auch in diesem Zusammenhang ist die weitere Entwicklung des städtischen Bauhofs zu sehen. Ein vom Rat in Auftrag gegebenes Gutachten hat ergeben, dass der städtische Bauhof im wesentlich kostengünstig und effektiv arbeitet aber dass auch noch Einspareffekte zu erzielen sind. Unter Einbeziehung einer engeren Zusammenarbeit mit dem Bauhof des Landkreises und einer noch engeren Kooperation mit den umliegenden Gemeinden insbesondere beim Maschineneinsatz und der Pflege der Investitionen der Landesgartenschau 2006 und der Kostenoptimierung durch Vergabe an private Unternehmen kann der Einsatz des Bauhofs noch wesentlich weiter verbessert werden.

Haushaltsführung ist unsere Stärke!

Die Gestaltung eines Staatshaushaltes verdeutlicht am besten die ideologische Herkunft der politisch Handelnden.

Die einen – maßgeblich die Sozialpolitiker in der Union und die Staatsfetischisten aus der SPD – erstellen Aufgabenkataloge und Anforderungsprofile über das, was der Staat den Bürgern andienen soll, stellen dann Berechnungen über die hierfür anzuwendenden Kosten an und legen diese dann in Form von Steuern und Abgaben auf die Bürger um. Das muss – unter dem Druck ständigen Buhls um die Gunst der Wähler - systembedingt zu ständig wachsenden Staatsausgaben und damit zu höheren Steuerbelastungen führen.

Wir als FDP dagegen stellen erst einmal fest, welche Belastungen die Gesellschaft und die Wirtschaft tragen kann, ohne in ihrer eigenverantwortlichen Handlungsfähigkeit eingeengt zu werden, berechnen hieraufhin das verfügbare Haushaltsvolumen und legen dann aufgrund einer Prioritätenliste die bezahlbaren Staatsaufgaben fest.

Unter diesem Gesichtspunkt haben die FDP-Fraktionen in den letzten Jahrzehnten maßgeblich dazu beigetragen, dass die Stadt Winsen/Luhe immer einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnte – es ist kein Zufall, dass sich das erst in der Wahlperiode 2006-2011 geändert hat. Unter anderem deshalb konnte die FDP Fraktion keinem einzigen der vorgelegten Haushalte zustimmen.

Die einzige Steuererhöhung, die die FDP im Rahmen eines Grundsatzbeschlusses mitgetragen hat, war die im Jahr 2004 aufgrund der Mehrbelastungen durch die Hartz IV – Gesetze – also von außen aufgezwungen. Die FDP hatte damals mit der CDU vereinbart, dass diese – mäßige – Erhöhung der Steuersätze wieder rückgängig gemacht wird, wenn die negativen Auswirkungen der Hartz IV – Gesetzgebung nachlassen. Einen entsprechenden Antrag hat die FDP Fraktion im Jahre 2007 gestellt. Besonders schmerzhaft war es, dass die CDU hier nicht nur nicht Wort gehalten, sondern im Jahre 2009 gemeinsam mit den Freien Winsenern die Grund- und Gewerbesteuer nochmals erhöht hat.

Trotz im Bundesvergleich extrem niedrigen Steuersätze war der städtische Haushalt noch im Jahre 2006 gesund, und die vorübergehende ansteigende Verschuldung konnte bereits im Jahr 2005 um rd. 1,8 Mio. Euro zusätzliche Tilgung zurückgefahren werden. - Es geht also, wenn man mit dem richtigen Ansatz an die Haushaltsgestaltung herangeht!

Zu achten ist aus unserer Sicht bei der weiteren Entwicklung besonders, dass Verwaltungshaushalt (laufende Einnahmen und Ausgaben) und Vermögenshaushalt (Investitionen) zu einem gesunden Verhältnis zurückkommen.

Die Gremien des Rates müssen sehr genau überlegen, welche sinnvollen Investitionen für die kommenden Jahre vorzusehen sind – zum einen um die Infrastruktur der Stadt weiter zu verbessern und zu verhindern, dass die Verwaltungsausgaben unangemessen steigen und damit auf Dauer die Handlungsfähigkeit der Stadt beeinträchtigen.

Ein schwerer, vermutlich unumkehrbarer, Fehler war aus unserer Sicht die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung durch SPD, Freie Winsener und CDU. Es steht zu befürchten, dass nicht nur die bisherigen Einnahmen aus den Straßenausbaubeiträgen fehlen werden, sondern dass die jeweilige Ratsmehrheit im Sinne ihrer Klientel Ausbauten nach dem Motto "schöner, größer, besser" durchführen wird. Da die Anlieger nun nicht mehr finanziell beteiligt werden, fürchten wir, dass der Druck zur Sparsamkeit durch die Bürger auf die Politik deutlich abnehmen wird. Wir werden versuchen, die Kosten für Straßenausbauten dennoch im vertretbaren Rahmen zu halten und insbesondere Versuchen, weitere Steuererhöhungen zur Gegenfinanzierung zu vermeiden.

Der kommunale Finanzausgleich des Landes hat die Aufgabe, die kommunale Selbstverwaltung aller Städte und Gemeinden in Niedersachsen zu sichern. Neue Aufgaben von Bund und Land an die Kommunen müssen mit der erforderlichen Finanzierung einhergehen. Wir unterstützen die Bestrebungen nach einer Kommunalen Finanzreform, die die konjunkturanfällige Gewerbesteuer durch Hebesatzanteile der Einkommensteuer ersetzen will. Auch würde dies zu mehr Interesse der Bürger an der Kommunalpolitik führen.

Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Beteiligungen sowie Beschränkung der kommunalen Verwaltung auf hoheitliche öffentliche Aufgaben sind ein wichtiger Bestandteil liberaler Wirtschaftspolitik. Wir treten dafür ein, dass abgesehen von hoheitlichen Aufgaben Verpflichtungen von den Kommunen nur dann übernommen werden, wenn sie in derselben Qualität nicht im Wettbewerb durch Private wahrgenommen werden können.

Alle Möglichkeiten sparsamer Haushaltsführung durch Delegation von Verantwortung wie Budgetierung und kaufmännische Haushaltsführung sind auszuschöpfen! Die FDP begrüßt daher ausdrücklich, dass die Gemeinden endlich gezwungen wurden, ihre Haushalte nach kaufmännischen Grundsätzen aufzustellen – obwohl dies laut Gesetz erst bis zum Jahr 2011 zu erreichen war, hat die Stadt Winsen wird dieses Ziel sehr viel früher erreicht.

Im Interesse des Wettbewerbs und des Mittelstandes sind bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Regeln des Vergabewesens anzuwenden. Angebote mittelständischer Betriebe müssen die gleichen Chancen haben wie andere Bieter. Dies gilt auch im sozialen Bereich. Kartellmäßige Absprachen von Anbietern untereinander, wie sie etwa die Kreisarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege nahelegt, müssen bekämpft werden - vor allen Dingen, indem man den Zugang zu den

Ausschreibungen offen hält. Dass sich bei der Ausschreibung der Kinderbetreuung, eine Mehrheit des Rates erfolgreich gegen Christdemokratische Bestrebungen der Vetternwirtschaft gewehrt hat, und das Angebot durch die Kita Nord gGmbH erweitert werden konnte, begrüßen wir.

Bildung ist Zukunftsvorsorge!

Gerade bei den Ausschreibungskriterien der Kinderbetreuung, konnten wir durchsetzen, dass unsere Kindergärten ein effizientes – trotzdem natürlich kindergerechtes – Vorschulbildungssystem erhalten. Uns hat nicht gereicht, dass die Betreuung lediglich ein Aufbewahren der Kinder beinhaltete, um Eltern ihre berufliche Tätigkeiten zu ermöglichen. Ein deutlicher quantitativer Ausbau der Kinderbetreuungsangebote konnte ebenfalls erreicht werden. Ein entsprechendes Ausbauprogramm für immerhin 3 Millionen Euro wurde von der FDP Fraktion vorbereitet und im Jahr 2008 beschlossen. Auch Sprachförderangebote im Sinne einer frühkindlichen Bildung hat die FDP immer wieder massiv gefordert und auch mit Erfolg in die Ausschreibungskriterien des Betriebs der Einrichtungen eingebracht.

Ziel dieses Bildungssystems muss es weiter sein, dass alle Kinder, die mit 6 Jahren eingeschult werden, wenigstens so gut deutsch sprechen und verstehen, dass sie überhaupt in der Lage sind, an dem Grundschulunterricht chancengleich und erfolgreich teilnehmen zu können.

Es kann und darf einfach nicht länger hingenommen werden, dass in einigen Grundschulklassen mehr als die Hälfte der Kinder wegen sprachlicher Schwierigkeiten überhaupt nicht am eigentlichen Fachunterricht teilnehmen können! Die Zeit, jetzt in diesen Bereichen die erforderlichen Schritte einzuleiten, ist günstig, denn aufgrund der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung ist zu erkennen, dass jetzt vorhandene Kindergartenplätze frei werden und so die frei werdenden baulichen Kapazitäten für neue Aufgaben genutzt werden können.

Winsen war führend bei der Umsetzung der Verpflichtung Kindergartenplätze für alle Kinder einzurichten. Winsen soll auch wieder führend sein, wenn es um die vorschulische Bildung unserer Kinder geht!

Die Stadt hat die Aufgabe, nach einer Grundschule mit kurzen Wegen für die Schüler ein Schulsystem vorzuhalten, in dem jedes Schulkind seinen Leistungen entsprechend gefördert wird.

Die Diskussion in Winsen hat gezeigt, dass gerade die großen Parteien die Schulsystemfrage aus ideologischen Gesichtspunkten betrachten. Während die Winsener CDU neben dem dreigliedrigen Schulsystem keine Alternativen dulden wollte, haben sich Sozialdemokraten immer für eine Einheits-Gesamtschule für alle ausgesprochen.

Die Winsener FDP dagegen freut sich, dass ein Nebeneinander beider Systeme in Winsen möglich ist und hat sich rechtzeitig in enger Zusammenarbeit mit der Kreistagsfraktion darum bemüht, eine Gesamtschule in Winsen durchzusetzen. Die Winsener Liberalen freuen sich, dass dies auf Kreisebene gemeinsam mit der CDU - gegen den Widerstand ausgerechnet der Winsener Christdemokraten gelungen ist. Wir sehen die zusätzliche Wahlmöglichkeit als Bereicherung der Schullandschaft in Winsen. Die Bürger, nicht die Politiker sollen auch künftig entscheiden können, welche Schulform für ihr Kind die beste ist.

Es ist weiterhin notwendig, auch die Realschulen und die Hauptschulen zu fördern. Wo die Schülerzahlen eine getrennte Förderung unmöglich machen, bietet die Oberschule Chancen, Schulen auch in der Fläche zu erhalten.

Gleichzeitig wenden wir uns mit dem Appell an die Unternehmen, der Inflation der Abschlüsse entgegenzuwirken - und auch Lehrlinge mit guten Hauptschulabschlüssen zu berücksichtigen! Ein Handwerker muss nicht ausrechnen können, wie wahrscheinlich es ist, dass er nächste Woche im

Lotto gewinnt – aber er muss seinen Stundenlohn berechnen können. Eine Ausbildung, die den Anforderungen des täglichen Lebens gerecht wird erwarten wir von allen Schulformen!

Schulen müssen verstärkt Medienkompetenz vermitteln. Alte und neue Medien müssen sinnvoll integriert werden. Vom Land Niedersachsen muss dazu neben der Bereitstellung von Kapazitäten für die Pflege der Netze weiterhin auch die Schulung des Lehrpersonals für den Einsatz moderner Lehr- und Lerntechnologien gefordert werden. Ständiges Bemühen der FDP wird weiter die Sicherstellung der Lehrerversorgung sein.

Durch unser Mitwirken konnte erreicht werden, dass es in ganz Niedersachsen keine Zusammenlegung von Abschlussklassen (4, 9, etc.) mehr gibt. Dadurch können die Schüler in dem ihnen vertrauten Umfeld bleiben und müssen sich nicht kurz vor Schluß wieder umgewöhnen.

Mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze durch Wirtschaft und Tourismus

Unsere Gemeinschaft lebt von den Leistungen der Menschen im Dienstleistungsgewerbe, im Handwerk, in der Industrie, von den Leistungen der Selbständigen und der Freiberufler sowie alle Arbeitnehmer. Sie erwirtschaften das Geld, das wir für unseren Lebensunterhalt zur Verfügung haben und das der Staat und die Städte und Gemeinden für ihre Aufgaben benötigen.

Nur wirtschaftlich rentable und umweltfreundliche Arbeitsplätze sind dauerhaft sichere Arbeitsplätze. Sie wohnortnah zu schaffen und zu erhalten ist vorrangige Aufgabe liberaler Kommunalpolitik. Für die FDP sind Pflege und Betreuung vorhandener Betriebe zum Erhalt von Arbeitsplätzen gleichrangig mit der Förderung von Existenzgründungen und Neuansiedlungen. Als Beispiel für unser Engagement Bei der Vergabe von Gewerbegrundstücken im Ort sind insbesondere kleine und mittelständische Betriebe zu berücksichtigen, weil sie die größte Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bereitstellen.

Die Stadt hat in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass durch die Ausweisung neuer Gewerbeflächen insbesondere an der Osttangente und damit mit Anschluss an die Autobahn ausreichend Möglichkeiten zur Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden können. Bei der Vermarktung dieser Flächen kann und muss die Zusammenarbeit mit der Metropolregion Hamburg und den Wirtschaftsfördergesellschaften des Landkreises und der Süder-Elbe-AG noch verbessert werden.

Städtische Satzungen mit Auflagen für ansässige Geschäfte (z. B. Aufstellen von Ständern, Anbringung von Markisen usw.) sollen stetig an die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden angepasst werden. Die Kooperation und die Absprachen zwischen Verwaltung und in der Innenstadt ansässigen Geschäften, muss weiter verbessert werden - ein in Spießertum begründetes Ablehnen bestimmter Sortimente im Stadtmarketing (etwa Erotikangebote) lehnen wir ab.

Zur Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze fordert die FDP eine ganzheitliche Betrachtung und Handlungsweise mit Zukunftsorientierung. Es genügt nicht, einzelne Vorhaben getrennt zu behandeln, wenn alle anderen teilweise oder ganz miteinander in Beziehung stehen, wie etwa Wohnbebauung/Verkehrsbelange/Stadthallennutzungskonzept/Innenstadtbelegung. Zu solchen Maßnahmen gehörte die Überplanung des BGS-Geländes mit Wohn-, Gewerbe-, Dienstleistungsangeboten und verschiedenen Einkaufsmöglichkeiten. Dabei ist eine Belegung der Innenstadt durch überwiegend ergänzende Angebote angestrebt worden. Der Luhepark ist keine Ansiedlung auf der „grünen Wiese“, sondern er verfügt heute schon über Anbindungen zur Innenstadt, die allerdings noch verbessert werden können. Er liegt außerdem nahe zu unterversorgten Ortsteilen, wie Stöckte und Hoopte.

Ein weiteres für die Zukunft wichtiges Feld wirtschaftlicher Betätigung liegt aus Sicht der FDP im Bereich des bisher vernachlässigten Tourismus. Die Tourismusförderung hat für die FDP hohe Bedeutung. Fremdenverkehr, Naherholungseinrichtungen, Wellness- und Freizeitsporteinrichtungen

bieten ein erhebliches arbeitspolitisches Potenzial, das es zu fördern gilt. Kulturgut und Sehenswürdigkeiten sind entsprechend herauszustellen. Hierfür leitete die Landesgartenschau 2006 bedeutende Schritte ein. Der mit Mitteln der Landesgartenschau völlig renovierte Schlosspark und die angrenzenden Luhewiesen sollen auch weiterhin die Innenstadt für Besucher lohnenswert machen.

Die im Rahmen der Landesgartenschau eingerichtete Tourismusinformation im Marstall soll auch weiterhin als Anlaufstelle für Gäste von außerhalb zur Verfügung stehen.

Ein großes Potential für den Tourismus bietet nach Ansicht der FDP die gesamte Elbereion im Bereich der Stadt. Kaum jemand von ausserhalb ist überhaupt bekannt, dass Winsen eben nicht nur an der Luhe, sondern zu weit größeren Teilen im Bereich der Ortsteile Hoopte, Stöckte, Lassrönne und Tönnhausen auch an der Ilmenau und der Elbe liegt.

Der Anfang für eine touristische Erschließung dieser Gebiete ist gemacht; ein Fähranleger in Hoopte steht jetzt auch endlich den Fahrgastschiffen zur Verfügung und hat bereits im Rahmen der Landesgartenschau auch auf diesem Wege Gäste in die Stadt gebracht. Eine noch engere Zusammenarbeit mit der Samtgemeinde Elbmarsch und den dort bereits vorhandenen und noch zu schaffenden Infrastrukturen des Elbetourismus kommt auch Winsen zu Gute!

Die FDP ist bemüht, über ihre Kontakte zum Umweltministerium in Hannover auch die Landschafts- und Heimatpflege am Stöckter Deich mit der Deichsicherung in Einklang zu bringen. Der Naherholungswert des Stöckter Deiches muss erhalten bleiben, gleichzeitig darf es keine Abstriche beim Hochwasserschutz geben. Die Nutzung der Deiche als Radwanderwege ist zu ermöglichen, wenn das möglich ist, ohne dabei die Deichsicherheit zu gefährden. Was in den Elbebereichen nördlich und südlich von Winsen/Luhe und der Elbmarsch möglich ist, kann für unseren Bereich nicht automatisch verboten sein.

Die Stadt hat sich bereits um den Erwerb dieser Flächen direkt an der Elbe aber auch der Flächen jenseits der Straße, die als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen sein, gekümmert.

Ein weiteres wichtiges Feld für die Freizeitgestaltung aber auch für den Tourismus im Bereich der Stadt ist die gesamte Bandbreite des Pferdesportes. Kaum jemand selbst in Winsen weiß, dass Winsen/Luhe die dichteste Ansiedlung von Pferdebetrieben im gesamten Pferdeland Niedersachsen hat: In Reit- und Fahrvereinen und mehreren privaten Pferdebetrieben mit Reithallen und auch in benachbarten Gemeinden (z.B. Handorf, Luhmühlen, Vierhöfen u.s.w.) treiben mehr als 1.200 junge und ältere Mitbürger Sport und Freizeitgestaltung mit dem Pferd.

Auf Drängen der FDP wurde im Bereich von Alt-Roydorf wegen der dort ansässigen Reit- und Fahrvereine und privater Pferdebetriebe bereits vor Jahren im regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises ein Gebiet weiträumig als Vorrangfläche für den Pferdesport ausgewiesen. Die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten sind in Zusammenarbeit mit den Vereinen und den Privatbetrieben auch touristisch noch vielmehr zur Nutzen als bisher.

Soziale Stadtplanung vermeidet Klientelpolitik und berücksichtigt vorhandene Strukturen

Die FDP wird darauf achten, dass diese für die Stadt außerordentlich wichtige Entwicklungsarbeit fortgesetzt, und auch mittelfristig nicht durch die bevorstehenden Wahlkämpfe beeinträchtigt wird!

Der Flächennutzungsplan der Stadt ist für uns – im Unterschied zu anderen Parteien – kein Werkzeug zur Durchsetzung von Grundstücksinteressen der eigenen Klientel, sondern nichts weniger als die wichtigste Planungsgrundlage für die Entwicklung der Stadt!

Hierdurch ist ein völliges Ungleichgewicht im Rahmen neuer Baugebiete zwischen dem nördlichen und dem südlichen Bereich der Stadt entstanden. Entsprechende Hinweise hierzu im Stadtentwicklungsplan und auch durch Bemerkungen der früheren Bezirksregierung wurden

schlichtweg ignoriert. Die mittelfristige Bauleitplanung der Stadt muss daher grundlegend überarbeitet und auch unter den Aspekten der demographischen Entwicklung auf neue und sichere Grundlagen gestellt werden. Ein Antrag auf Fortschreibung des Flächennutzungsplanes wurde 2011 von der FDP gestellt und vom Planungsausschuss empfohlen.

Aufgabe einer solchen Planung muss es auch in Zukunft sein, sowohl den Charakter der Innenstadt als auch insbesondere der stadtnahen Ortsteile wie Roydorf, Borstel und Stöckte zu erhalten und die Grenzen zwischen diesen Gebieten nicht durch unkontrollierte Bebauungen unkenntlich zu machen. Dass bei allen Überlegungen der Charakter des Dorfes erhalten werden muss, gilt auch für Rottorf, Hoopte, Bahlburg, Luhdorf, Borstel und Sangenstedt, Gehrden und die Grevelau.

Besonderen Schwierigkeiten begegnet die Bauleitplanung in Hoopte. Eine Splittersiedlung in die Feldmark hinein wurde durch die FDP verhindert. Stattdessen haben wir, um dem besonderen Charakter des Reihendorfes Rechnung zu tragen, einer dritten Baureihe, zunächst im Ostteil des Dorfes zugestimmt. Wenn die Erfahrungen im Ostteil des Dorfes zeigen, dass dies der richtige Weg ist, werden wir in der nächsten Wahlperiode das Bauen in der dritten Reihe für ganz Hoopte beantragen.

Auch die Kultur in ihrer umfassenden Bedeutung ist Lebensqualität. Kultur, sei es in kommunalen Einrichtungen wie dem Heimatmuseum oder in privaten Initiativen wie dem Kulturverein, braucht geistige Freiheit, und öffentliche und darüber hinaus mehr private Förderung, um gedeihen zu können. Hier wie auch im sozialen Bereich ist das Ehrenamt zu stärken. Die Erhaltung geschichtlich und kulturell prägender Gebäude ist Verpflichtung. Das historisch gewachsene Ortsbild ist sichtbarer Ausdruck von Heimat und verdient erhalten zu werden. Für die Einhaltung von Auflagen zum Erhalt der Gebäude, soweit sie ausschließlich im öffentlichen Interesse liegen, müssen die Eigentümer eine angemessene Entschädigung erhalten.

Verkehr und Sicherheit erhalten Lebensqualität!

Mit den neuen und geplanten Wohnbaugebieten und den Ausweis weiterer Gewerbeflächen ist vor allem deren Anbindung an die bestehende Verkehrsstruktur wichtig. Das dabei Sicherheits- und Umweltauforderungen zu berücksichtigen sind, ist für Liberale selbstverständlich.

Winsen ist weiträumig gut an die Verkehrssysteme im Umfeld der Metropol Region Hamburg über die Bahn, die BAB 39 und die BAB 7 angeschlossen. Die Stadt soll sich weiterhin intensiv für die erforderliche Ostumgehung von Hamburg auf der Trasse der bisherigen B 404 (A21) einsetzen. Der Anschluss einer Autobahn auf der Trasse der bisherigen B 404 von Geesthacht über Rottorf an die A 7 würde diesen städtischen Bereich sinnvoll neu erschließen und einige Verkehrsprobleme im Bereich von Luhdorf, Pattensen und Thieshope beseitigen.

Unabhängig davon hat die FDP Fraktion immer wieder die Verlängerung der Osttangente um Luhdorf, Pattensen und Scharmbeck herum gefordert. Einer "kurzen Lösung" haben wir uns erfolgreich verwehrt. Es würde niemandem nützen, Luhdorf umfahren zu können um dann vor der Pattensener Kirche im Stau zu stehen. Wir werben für die Akzeptanz der Anwohner - alles wird besser sein als den Hauptverkehr mitten im Dorf zu haben. So lange die Umgehung nicht existiert, setzen auch wir uns für eine Sperrung der Luhdorfer Straße, aber eben auch der Dorfstraßen von Scharmbeck und Pattensen für den Schwerlastverkehr.

Der Luhepark hat – wie im FDP Programm von 2001 festgeschrieben - im südlichen Bereich eine verkehrstechnische Öffnung zur Hansestraße hin erhalten. Zusätzlich sollten weiterhin direkte Anbindungen an die Innenstadt geschaffen werden.

Das unter anderem von der FDP angestoßene Programm zur Umwandlung von unsinnigen Ampelkreuzungen in Kreisverkehre soll weiter fortgesetzt werden. Als nächstes stehen die "Wolperding-Kreuzung" und Wehrmanns Eck auf unserer Agenda. Vermehrt hören wir Kritik, diese Baumaßnahmen seien zu teuer. Wir weisen darauf hin, dass es sich um Investitionen in die

Infrastruktur handelt, die normalerweise den Verkehrsfluss erleichtern, Stromkosten für Ampelanlagen wegfallen lassen und dass der Erhalt von Ampelanlagen selbst viel Geld kostet, wie wir zuletzt bei der 270.000 Euro schweren Erneuerung der Ampelanlage Tönnhäuser Weg / Osttangente (gegen unseren massiven Protest) erleben mussten. Vor diesem Hintergrund relativieren sich Investitionskosten für Kreisverkehre deutlich.

Im Jahr 2007 hat die FDP Fraktion beantragt, probeweise Ampelanlagen abzuschalten, stattdessen hat die Verwaltung ein teures Gutachten haben wollen, bevor man den pragmatischen Weg geht. Wir bedauern dies, werden aber im Interesse eines sauberen Verfahrens dem Wunsch der Verwaltung folgen und einen entsprechenden Antrag im nächsten Rat stellen.

Auch der Rechtsabbieger-Grün-Pfeil in der Bahnhofstraße und an der Einmündung A 39 / Osttangente hat sich als Erfolg erwiesen und sollte in ganz Winsen weiter verbreitet sein.

Das 3. Gleis zur Schaffung eines S-Bahnverkehrs mit Hamburg und in Weiterführung mit Lüneburg wird eine Bereicherung für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) darstellen. Nach wie vor und mehr denn je ist durch die Schaffung des 3. Gleises ein S-Bahnanschluss nach Hamburg und auch nach Lüneburg erforderlich und bleibt Zielsetzung liberaler Kommunalpolitik. Es gilt, die Chancen, die sich durch die bessere Schienenverbindung ergeben, zu nutzen. Die FDP Winsen spricht sich diesbezüglich ausdrücklich dafür aus, Verbesserungen der Anbindung der Luhestadt an das Netz des HVV zu prüfen, insbesondere eine Aufnahme in einen kostenkünstigeren Tarif („Ring“), sowie eine bessere Anbindung in der Nacht und an Wochenenden an Hamburg mit Bussen und Bahnen.

Die FDP hat sich in der Vergangenheit für den Stadtbus und damit für den ÖPNV in Winsen eingesetzt. Heute erkennen wir, dass es zumindest in der Umsetzung ein Fehler war. Die Kapazitäten mussten deutlich reduziert werden. Trotzdem treten wir weiter – auch vor dem Aspekt der Umweltentlastung und geringer Mittel in den privaten Haushalten - für einen weiteren Ausbau des Netzes ein. Der Stadtbus erfüllt seinen Zweck nicht, wenn er im Stundentakt fußläufige Strecken bedient! Es muss – auch in enger Zusammenarbeit mit dem Kreis, dem HVV und den weiteren Verkehrsbetrieben ein Konzept entwickelt werden, das auch Pendlern aus den Winsener Ortsteilen die Möglichkeit bietet, mit dem Bus an das Netz angeschlossen zu werden. Hier konnte die FDP in enger Zusammenarbeit mit dem Kreis über die von uns geforderte Buslinie 149 über Stöckte und Hoopte am Deich entlang bis nach Harburg bereits eine deutliche Verbesserung erzielen.

Viele Bürgerinnen und Bürger empfinden vor Ort ein Gefühl der Unsicherheit, weil sie befürchten, Opfer einer Straftat zu werden. Deshalb setzt die FDP sich dafür ein, dass mehr Fuß- und Fahrradstreifen der Polizei eingesetzt werden. Damit sie dieses leisten kann, muss die Polizei von fachfremden Aufgaben entlastet werden. Beispielhaft dafür sind die Überwachung des ruhenden Verkehrs oder Sicherungsfunktionen bei großen Sport- oder Konzertveranstaltungen. Gegen die von CDU und Freien Winsenern geforderte "Buschpinklerpolizei" (FOSD) haben wir uns erfolglos im Rat zur Wehr gesetzt. Um so glücklicher waren wir, dass sich keine Winsener gefunden haben, die auf Stadtkosten mit der Trillerpfeife durch die Gegend ziehen, um unschuldige Passanten zu belästigen.

Die Stadt kann und muss jedoch mithelfen, die Sicherheit weiter zu verbessern, indem sie soziale Brennpunkte entschärft oder gar nicht erst entstehen lässt. Für die FDP kommt der Prävention ein besonderer Stellenwert zu. Der Kontakt zwischen der Polizei und dem Bürger muss eng und vertrauensvoll sein. Eine Videoüberwachung von öffentlichen Straßen und Plätzen ist weiter auf Kriminalitäts- und Unfallschwerpunkte zu beschränken. So hat am Bahnhof die Videoüberwachung Sinn ergeben, während wir einen flächendeckenden Ausbau strikt ablehnen. Besonderes Augenmerk ist bei Überwachungsmaßnahmen grundsätzlich auf den Datenschutz zu legen.

Es gehört zu den grundlegenden Verpflichtungen jeder verantwortungsbewussten öffentlichen Hand, Vorsorge für Leben und Gesundheit der Bevölkerung in jeder Krisen-, Gefährdungs- und Katastrophenlage zu treffen. Die Qualität der Stadt misst sich auch an der Wahrnehmung dieser Fürsorgepflicht. Gerade in diesem Bereich nehmen viele Bürger ehrenamtlich Aufgaben im Interesse des Gemeinwesens, also der Nachbarn und aller betroffenen Bürger, wahr.

Um der Gefahrenabwehr gerecht zu werden, muss die technische Ausrüstung für die ehrenamtlichen Helfer der Feuerwehren und anderer Hilfeleistungs- und Rettungsorganisationen stets den sich wandelnden Einsatzarten angepasst werden. Konkret fordern wir für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt, dass Kosten für die optionale SMS-Alarmierung nicht länger von den freiwilligen Helfern selbst getragen werden müssen, sondern die Stadt diese Kosten übernimmt. Zu relativ geringen Kosten können wir so dazu beitragen, dass alle Angehörigen der Feuerwehren alarmiert werden können, auch ohne das für jedes Mitglied ein teurer Funkmeldeempfänger angeschafft werden muss. Das schafft Sicherheit für die Bürger und erleichtert Winsens Feuerwehrmännern und Frauen ihr Engagement.

Ehrenamtlicher Dienst ist nur möglich, wenn den hilfsbereiten, sich für das Gemeinwohl verantwortlich fühlenden Bürgern auch das Werkzeug an die Hand gegeben wird, um ihren Dienst optimal erfüllen zu können.

Verantwortungsvolle Umweltpolitik mit den Menschen vor Ort

Ziel liberaler Umweltpolitik ist die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen: Sauberes Wasser, reine Luft und schadstofffreie Böden. Auf Dauer sind nicht Verbote und Gebote, sondern Verantwortung der Bürger für die uns überlassene Welt Garant dafür, dass diese Grundlagen erhalten bleiben. Die Liberalen verfolgen eine „Umweltpolitik mit den Menschen“.

Gesetze und Verordnungen dürfen dabei nicht den eigentlichen Zielen der Umweltpolitik im Wege stehen, wo die Vernunft des Einzelnen vor Ort viel sinnvollere Lösungen bietet. Als FDP haben wir so verhindert, dass die „Untere Luhe-Ilmenauniederung“ über die Köpfe der Menschen vor Ort hinweg zum Naturschutzgebiet erklärt wurde. Die ortsansässigen Landwirte und Vereine, die das Biotop über Jahrzehnte erst zu dem gemacht haben was es ist, wären praktisch „rausgeflogen“. Angler und Jäger, die durch aktive Hegemaßnahmen sachverständig für einen Erhalt der Artenvielfalt sorgen, wären auf der Strecke geblieben. Stattdessen hätte es obrigkeitlichen, falsch gemeinten „Schutz“ nach vorgefertigtem Schema ohne Verständnis für die individuelle Situation vor Ort gegeben. Diese Erfahrung hat gezeigt, dass die Menschen in Winsen sehr wohl in der Lage sind ökonomische und ökologische Belange in Einklang zu bringen und keine Gängelung brauchen. Das wollen wir weiter unterstützen.

Wir haben auch getan, was wir konnten, um die Bürger in Stöckte in ihrem Vorgehen gegen die Norddeutsche Erdgasleitung zu unterstützen. So hat die Stadt Fachanwälte mit den besten Referenzen engagiert (das Büro hat immerhin Teilerfolge am Mühlenberger Loch erzielen können), die das Projekt nach allen rechtlichen Aspekten kritisch durchleuchtet haben. Als diese Anwälte uns mitteilten, dass eine Klage gegen die Gasleitung keinen Erfolg haben würde, hat die FDP als einzige Ratsfraktion das Klagverfahren abgelehnt. Besonders ärgerlich ist, dass sich hier eine populistische Ratsmehrheit gegen den Rat der Anwälte zu einer Klage entschieden, und damit erzielte Verhandlungsergebnisse nach mehr Sicherheitsmaßnahmen in den Wind geschlagen hat.

Schwer hinnehmbar ist für uns, dass die rotgrüne Regierung in Berlin uns in Winsen praktisch gezwungen hat, Vorrangflächen für Windkraftanlagen auszuweisen. Es wird immer noch zu wenig unternommen, um diese schweren Eingriffe in die kommunale Planungshoheit zu beenden. Auch wir sehen die Atomkraft kritisch und als Brückentechnologie. Auch wir haben nach der Pannenserie in Krümmel, das Vertrauen in den Betreiber Vattenfall verloren und eine entsprechende Resolution des Rates unterstützt - im vollen Bewusstsein, dass der Rat hier keine Entscheidungsbefugnisse hat, sondern lediglich seine Meinung sagen kann. Es hilft aber niemandem, alle paar Monate eine neue Resolution zu verabschieden! Die Abschaltung einiger Kernkraftwerke durch das Moratorium der Bundesregierung hat gezeigt, dass Deutschland nunmehr Atomstrom aus Frankreich und Tschechien importieren musste. Wir wollen im Rahmen des uns Möglichen den Ausbau erneuerbarer Energien fördern, etwa in dem wir uns Biogas und Windkraftanlagen im Stadtgebiet nicht verschließen.

Dabei muss uns klar sein, dass der ökonomische Anreiz für erneuerbare Energien, in Form von vorgeschriebenen Abnahmepreisen für den erzeugten Strom zu Mehrbelastungen für die privaten und öffentlichen Haushalte führt. Als FDP waren wir von vorn herein der Ansicht, dass die Ausweisung des Vorranggebietes zwischen Pattensen, Scharmbeck und Roydorf ein Fehler war. Abgesehen davon, dass Studien zufolge wegen der Stromschwankungen der Einsatz von Windkraftanlagen global gesehen mehr CO₂ Ausstoß verursacht, weil andere Kraftwerke entsprechend ineffizient herauf und heruntergefahren werden müssen, wurden hier vor Ort auch noch wichtige Lebensräume zerstört. Nichtsdestotrotz wird die Windkraft mittelfristig viel zum Umstieg auf erneuerbare Energien beitragen müssen - hier sind aber der konsequente Netzausbau und die Entwicklung von Speichermedien unabdingbar. Dass wir nur Strom haben, wenn der Wind weht, kann auch nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Windkraftanlagen sollen mit einem Mindestabstand von 1.000 Metern zur Wohnbebauung errichtet werden. Wir wollen einen Umweltschutz mit Sachverstand!

Ein gut aufeinander abgestimmtes Konzept von öffentlichen Personennahverkehr und Individualverkehr und ein stärkeres Augenmerk auf die für Arbeiten und Wohnen notwendigen Wege bei der Bauplanung tragen zu einer Verminderung der Umweltbelastungen bei. Die FDP ist der Ansicht, dass ökologische Vernunft, wirtschaftliches Handeln und soziale Verantwortung immer zusammen betrachtet werden müssen.

Die FDP in Winsen will weiter die Interessen von Landwirtschaft und Naturschutz gleichwertig berücksichtigen; hierzu sollen die Landschaftsrahmenpläne und die Landschafts- und Grünordnungspläne zur besseren Beurteilung des Zustandes von Natur und Landschaft aktualisiert werden, und in der Bauplanung vor Ort müssen die Belange der Landwirtschaft entsprechend berücksichtigt werden und mit den Ansprüchen übriger Nutzer der Landschaft in Einklang gebracht werden,

Die Erstellung von Lärminderungsplänen für Wohngebiete und andere schutzwürdige Gebiete haben wir positiv begleitet, und wollen intensiver einsteigen, wenn aufgrund von Lärmbeschwerden der Bürger zu erwarten ist, dass nur so eine abgestimmte und erfolgreiche Minimierung von verschiedenartigen Lärmquellen möglich ist,

Auch auf kommunaler Ebene konnte in der Energiepolitik durch Maßnahmen der Energieeinsparung viel erreicht werden. Die Wärmedämmung älterer öffentlicher Gebäude ist mit Mitteln des Konjunkturpaketes weitgehend den heutigen Erfordernissen angepasst worden. Wir unterstützen die Vereine und Verbände weiter bei der energetischen Sanierung ihrer Objekte, in dem wir die zwei Drittel der Investitionskosten von städtischer Seite dazu geben. Das sind sinnvolle Investition in die Zukunft der Vereine und der Stadt!

Bei allen praktischen Forderungen wie Wasser- und Energiesparen sollte das Rathaus mit gutem Beispiel voran gehen. Umweltpolitik wirkt gleich viel glaubwürdiger, wenn sie vorgelebt wird.

Integration – Wir wollen Akzeptanz statt Toleranz!

„Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann vor allem das Recht, anderen Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen“ lautet ein Zitat von George Orwell aus seinem Roman 1984. Die Freiheit der Meinung, der Religion und die Gewissensfreiheit sind daher absolute Werte und werden uneingeschränkt gewährleistet. Erst wenn Gedanken in Worte und Taten umgesetzt werden, die mit der Freiheit anderer nicht in Einklang zu bringen sind, darf der Staat, darf auch die Stadt Winsen eingreifen. Das Christentum bewegt sich mit den verschiedenen Kirchen auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Nicht mehr und nicht weniger verlangen wir von anderen Glaubensgemeinschaften – nur dann unterstützen wir eine Ansiedlung und Organisation vor Ort.

Im Zusammenhang mit der Integration von Minderheiten ist oft von „tolerieren“ die Rede. Toleranz wird als das Ideal der Integration verstanden. Tolerare heißt aber „erleiden, erdulden“ – heißt im Ergebnis „wegsehen“. Wir Liberale halten das für falsch. Wir wollen genau hinsehen und wollen

Fremdes akzeptieren, wenn es mit den Werten unserer Gesellschaft in Einklang zu bringen ist. Es liegt in jedermanns Verantwortung auch seinem Nächsten gegenüber klar zu machen, was akzeptabel ist und was nicht.

Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo er seinen Nächsten einengt. In Winsen und in Deutschland bestimmen die Grundrechte aus dem Grundgesetz diese Grenzen. Das Grundgesetz ist die liberalste Verfassung, die es auf deutschem Boden je gab. Es steckt den Rahmen – wir bekennen uns zu seinen Werten und verlangen das von allen Winsener Einwohnern. Die Verantwortung des Einzelnen liegt ausdrücklich auch darin, denen zu helfen, die sich nicht selbst helfen können.

Voraussetzung für jede Integration ist ein klares Bekenntnis zu den Grundrechten und deren Umsetzung. Wir sehen auch bei uns die Gefahr, dass sich Gruppen von Zugewanderten abkapseln und ihre eigenen Rechtsräume schaffen. Das ist nur so lange akzeptabel wie diese Gruppen das Gewaltmonopol des Staates akzeptieren und jedem ihrer Mitglieder die Grundrechte zugestehen, auf denen unsere Gesellschaft basiert. Eine Unterdrückung von Frauen und Mädchen mag in anderen Kulturkreisen mit eigenen Rechtsordnungen akzeptiert werden – in Winsen ist sie inakzeptabel! Die Grundlage des Verwaltungshandelns wie des Miteinanders in Winsen ist deutsches Recht. Jedermann hat dabei vor dem Gesetz gleich behandelt zu werden. Wir begrüßen jede Initiative die Aufklärungsarbeit leistet, damit sich alle Mitglieder unserer Gesellschaft ihrer Rechte bewusst sind und diese auch durchsetzen können.

Integration im liberalen Sinne kann nur durch interkulturellen Austausch passieren. Wir appellieren daher an jeden Einzelnen, das Gespräch zu suchen und sich gegen Fehlvorstellungen davon zu wenden, was in unserer Gesellschaft akzeptabel ist. Wenn Einzelpersonen mit unterschiedlichen Ansichten sich gegenüberstehen, müssen sie eine gemeinsame Basis finden. Diese Basis liefert unsere Rechts und Gesellschaftsordnung. Erst wenn homogene Gruppen aufeinander treffen, die sich für sich stark fühlen, kommt es zu einer Eskalation von Gewalt. Hier muss vorgebeugt werden. Wo Menschen die Basis unserer Rechtsordnung verlassen muss sich der Einzelne auf den Schutz des Staates verlassen können – die Stadt Winsen ist gefordert, die notwendigen Strukturen vor Ort zur Verfügung zu stellen. Wir wollen kein Denunziantentum, aber wir stehen zum Gewaltmonopol des Staates und fordern den Einzelnen auf, den Staat in die Pflicht zu nehmen, wo er sieht, dass gegen sein Recht oder das seiner Nachbarn verstoßen wird.

Aktivität im Verein kann Mittel zur gesellschaftlichen Eingliederung von Jugendlichen ohne ausreichende familiäre Betreuung, von Ausländern oder Zugewanderten sein. Daher ist die finanzielle Unterstützung von Vereinen auch eine soziale Notwendigkeit – Vereine, die sich durch eine heterogene Zusammensetzung auszeichnen, sind dabei besonders wertvoll. Auch das Jugendzentrum erfüllt in dem Zusammenhang eine wichtige Aufgabe. Es muss stärker als bisher eine Durchmischung von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft fördern. Es reicht nicht aus, ein Angebot zu schaffen, dass in der Realität von homogenen Gruppen unter Ausschluss von Anderen in Anspruch genommen wird – Chancen sind dadurch zu schaffen, dass für alle gleiche Bedingungen zur Verfügung stehen. Wo innerhalb von öffentlichen Einrichtungen „geschlossene Gesellschaften“ entstehen, läuft etwas falsch!

Kommunikation ist das wichtigste Mittel, um Werte zu transportieren. Nur wer sich verständigen kann wird sich verstehen. Amtssprache ist deshalb deutsch. Wir fördern daher alle Maßnahmen, die Migranten bessere Sprach - und Kulturkenntnisse vermitteln. Besser als eine kommunale Migrationsberatung erscheint uns allerdings das gezielte Fördern von Integrationsbemühungen unserer Vereine. Aussiedler und aufenthaltsberechtigte Ausländer sind durch Sprachkurse und besondere Betreuungsmaßnahmen zügig zu integrieren.

Wir wollen jeden akzeptieren und mit offenen Armen empfangen, der Teil unserer Gesellschaft werden will und ihre Werte akzeptiert. Verstöße gegen die Grundlagen unserer Gesellschaft hingegen werden wir nicht einmal tolerieren.